



## Postulat „Durchführung von Bürgerforen zu spezifischen Fragestellungen“

### Antrag:

*Der Stadtrat wird gebeten, zukünftig als Ergänzung und/oder an Stelle der bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten für ganz spezielle Fragestellungen Bürgerforen einzusetzen (z.B. bei stark emotional geprägten und/oder stark polarisierenden Themen, politisch verfahrenen Situationen, Entscheiden, bei denen eine Repräsentation der ganzen Bevölkerung besonders wichtig ist etc.).*

### Begründung:

Der Stadtrat hat in den letzten Jahren die Partizipation der Aarauer Bevölkerung bei politischen Themen sehr stark gefördert, was wir sehr begrüssen und für die demokratischen Prozesse und die Akzeptanz z.B. von Projekten äusserst wertvoll finden. Nebst Umfragen, schriftlichen Stellungnahmen und Mitwirkungsverfahren, werden immer häufiger auch Mitwirkungsveranstaltungen, z.B. in Form von Echogruppen durchgeführt.

In der Regel werden in solchen partizipativen Verfahren Rückmeldungen zu konkreten Projekten (wie z.B. die Fussballfelder im Schachen, Busführung in der Altstadt u.ä.) oder seltener zu strategischen Themen (wie z.B. die Legislaturziele) abgeholt. Meist geschieht dies in Form von World-Cafés, weshalb die Rolle der Teilnehmenden eher passiv bzw. reaktiv ist.

Die Resultate eines solchen Anlasses hängen stark von der Zusammensetzung der anwesenden Personen ab. Die Einladungen zu Mitwirkungsverfahren werden zwar breit und gut gestreut, die Erfahrung zeigt aber, dass häufig dieselben Personen oder Personengruppen teilnehmen. In der Regel nehmen auch diverse Personen mit politischen Ämtern oder Verwaltungsangestellte an Mitwirkungsverfahren teil. Dies ist nicht *per se* schlecht, entspricht aber sicher nicht einem repräsentativen Abbild der Aarauer Bevölkerung. Eine Ausnahme war das Mitwirkungsverfahren zu den Legislaturzielen, wo die Teilnehmenden ausgelost worden sind und das Interesse der Ausgelosten die Erwartungen weit übertrafen. Dies zeigt, dass ein Bürgerforum durchaus auf das Interesse der Aarauer Bevölkerung stossen könnte.

Das sogenannte Bürgerforum ist ein partizipatives Format, welches insbesondere in Deutschland aufgrund fehlender direktdemokratischer Mitsprachrechte der Bevölkerung zunehmend angewendet wird. In Baden-Württemberg beispielsweise werden seit Jahren Bürgerforen durchgeführt, welche Handlungsempfehlungen für die politischen Gremien aussprechen<sup>1</sup>. Die Teilnehmenden der Bürgerforen werden unter den Bürger:innen ausgelost, so dass sie die Bevölkerung möglichst breit repräsentieren. Bürgerforen tragen nicht nur zu Lösungsfindungen, sondern wirken in einem politischen Umfeld mit geringen demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten auch der zunehmenden Skepsis von Bürger:innen gegenüber der Politik bzw. gegenüber den von der Politik ausgearbeiteten Lösungen entgegen und stärken das Vertrauen in die staatlichen Entscheidungsprozesse.

In der Schweiz sind die direktdemokratischen Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung deutlich stärker verankert, als in den Ländern, in denen die Bürgerforen entstanden sind. Man kann darum in der Schweiz auch nicht von einem grundsätzlichen Demokratiedefizit sprechen. Dennoch bietet das Gefäss des Bürgerforums aus Sicht der Postulantin und des Postulanten hinsichtlich demokratischer Legitimation und repräsentativer Beteiligung der Bevölkerung in Entscheidungsfindungsprozessen einige Chancen:

---

<sup>1</sup> Siehe dazu u.a. Demokratiekonferenz, Freitag, 24. November 2023: <https://www.ag.ch/de/themen/staat-politik/aussenbeziehungen/demokratiekonferenzen/reutlingen-2023> und Aarauer Demokratietage, 30. März 2023: <https://www.zdaarau.ch/de/aarauer-demokratietage/archiv/>



- Die politische Unvoreingenommenheit eines Bürgerforums kann zu unerwarteten, neuen Lösungen und Lösungsansätzen führen.
- Da ein Bürgerforum weniger durch Rahmenbedingungen und Vorgeschichten belastet ist, kann es politisch blockierte Fragestellungen zu wenig komplexen, aber emotionalen Themen mit ganz konkreten Vorschlägen bereichern (z.B. Zukunft der Markthalle).
- Bei besonders anspruchsvollen und polarisierenden Themen könnte ein Bürgerforum helfen, aufgrund der repräsentativen Zusammensetzung die Bedürfnisse der Bevölkerung in grösserer Breite abzudecken (z.B. zur Frage der Oberstufenplanung).
- Bürgerforen könnten die Verwaltung als repräsentatives Mitwirkungs-gremium bei Varianten-diskussionen unterstützen.

Fazit: Der Einsatz von repräsentativen Bürgerforen für ganz konkrete Fragestellungen könnte als Ergänzung der bestehenden Mitwirkungsverfahren die demokratische Legitimation und breite Abstützung von städtischen Entscheidungen stärken und die inhaltliche Diskussion in Politik und Verwaltung qualitativ verbessern und so (langfristig) zu besseren Lösungen beitragen.

Wir danken dem Stadtrat für die Prüfung unseres Postulats.

Petra Ohnsorg (Grüne) und Peter Jann (GLP)